

A-6 Zivilgesellschaft im Nahen Osten schützen - Gerechten Frieden schaffen

Gremium: Landesvorstand der GJ Bremen
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Am 7. Oktober 2023 verübte die **Terrororganisation Hamas ein brutales Massaker an**
2 **der israelischen Zivilbevölkerung.** Die Hamas beschießt Israel mit
3 Tausenden Raketen und dringt mit bis zu 3.000 bewaffneten Kämpfern in das Land
4 ein. Ziel sind vor allem Menschen aus der Zivilbevölkerung. Mehr als
200 Menschen werden von der Hamas entführt, mehr als 1.200 Menschen getötet [1].
Es handelt sich damit um das **schlimmste Pogrom gegen Jüdinnen und**
Juden seit der Schoa. Wir verurteilen diesen antisemitischen, terroristischen Akt
ohne Einschränkungen.

5 Als Reaktion auf den Angriff der Hamas führt die israelische Regierung seither
6 Krieg im Gaza-Streifen. Dabei wurden auch zehntausende palästinensische
7 Zivilist:innen getötet, verletzt oder vertrieben [2]. Die humanitäre Lage in
8 Gaza, die schon vor der israelischen Offensive sehr schlecht war, kann
9 heute als **humanitäre Katastrophe** bezeichnet werden. Immer wieder wird wichtige
10 zivile **Infrastruktur zum Ziel von Angriffen.** Etwa wurden Krankenhäuser
11 zerstört, sodass es aktuell keine voll funktionsfähigen Krankenhäuser im gesamten
12 Gaza-Streifen mehr gibt. Millionen Menschen befinden sich ohne
13 Schutz auf der Flucht. **Es fehlt an Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Medikamenten,**
in diesem Frühjahr blockierte die israelische Regierung fast drei
Monate lang sämtliche Hilfslieferungen nach Gaza. Auch die aktuell genehmigten
Hilfsgüter reichen nicht ansatzweise aus. Anfang des Jahres wurde eine
Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas vereinbart. In diesem Rahmen konnten
einige israelische Geiseln befreit werden. Die Waffenruhe wurde nach
zwei Monaten durch die israelische Armee gebrochen [3]. Einen vollständigen
Rückzug seiner Armee lehnt die israelische Regierung ab, sodass weitere
Bemühungen um einen Waffenstillstand bis jetzt erfolglos blieben.

14 **Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel ein**
15 **Recht darauf hat, seine Bevölkerung zu schützen und zu verteidigen.**
16 **Klar ist auch, dass Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht immer**
handlungsleitend sein müssen und nicht eingeschränkt werden dürfen. Israel
verstößt in Gaza immer wieder gegen diese Grundsätze.

17 Im Frühjahr 2024 begann Israel mit einer Großoffensive in der Stadt Rafah,
18 nachdem sehr viele Palästinenser:innen auf israelische Anweisung in diesen
19 Teil des Gaza-Streifens geflohen waren, und obwohl der Internationale Gerichtshof
20 die Offensive untersagt hatte. Anfang des Jahres wurden
21 Hilfslieferungen mit Medikamenten und Nahrungsmitteln durch die israelische Armee
22 vollständig blockiert, um diese als Druckmittel zu nutzen.
23 Regelmäßig wird das sehr kleine und dicht besiedelte Gebiet des Gaza-Streifens,
24 in dem Menschen keinen Schutz finden können, massiv bombardiert, wobei
25 immer wieder auch Schulen, Krankenhäuser und Flüchtlingscamps zum Ziel von
26 Raketenangriffen werden. Eine Kriegsführung, die die Zivilbevölkerung mit
27 derartigem Leid überzieht, ist nicht zu rechtfertigen. Anfang Mai verkündete die
28 israelische Regierung, den Gazastreifen dauerhaft besetzten und die
29 palästinensische Bevölkerung vertreiben zu wollen. Mittlerweile hat die
israelische Armee eine Offensive eingeleitet, um diese Ziele durchzusetzen.
Diese Beispiele zeigen das völkerrechtswidrige Vorgehen Israels. Diese Position
deckt sich mit der Einschätzung internationaler Gerichte. Der
Internationale Gerichtshof ermittelt derzeit wegen des Verdachts auf einen
Völkermord gegen Israel. Im Januar 2024 verpflichtete er Israel,
vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Gewährleistung humanitärer Hilfe
und die Verfolgung öffentlicher Aufstachelungen, um einen Genozid in
Gaza zu verhindern [4]. Ausreichend nachgekommen ist die israelische Regierung
diesen Aufforderungen nicht. Der Internationale Strafgerichtshof hat im
Herbst 2024 Haftbefehle gegen Premierminister Netanjahu und seinen ehemaligen
Verteidigungsminister erlassen, da diese für Kriegsverbrechen und
Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien.

30 Die **Hamas verstößt regelmäßig gegen das Völkerrecht**, mit Massakern an
31 israelischen Menschen, und wenn sie Zivilist:innen im Gaza-Streifen als
32 menschliche Schutzschilde missbraucht und deren Tod einkalkuliert. Das ist
33 unbestritten und klar zu verurteilen. Es bedeutet jedoch nicht, dass
Israel ebenfalls Völkerrechtsverstöße begehen darf. Von der demokratisch
gewählten israelischen Regierung erwarten wir, dass sie sich im Gegensatz zu
Terrororganisationen an internationales Recht hält und eine verantwortungsvolle
Rolle bei der Erreichung von Frieden in der Region einnimmt.

34 **Ziel muss es jetzt sein, einen dauerhaften Waffenstillstand herzustellen, der**
35 **auch die sofortige Freilassung aller Geiseln umfasst, und einen Prozess**
36 **zu einem langfristigen und gerechten Frieden einzuleiten. Das meint eine Lösung**
des Konflikts, die Sicherheit für alle Menschen in der Region, sowie
Freiheit und Selbstbestimmung für Palästina ermöglicht.

37 Keine deutschen Waffen für Kriegsverbrechen

38 Die Worte und Handlungen der internationalen Gemeinschaft und insbesondere von
39 verbündeten Staaten haben einen Einfluss auf das Vorgehen der

40 israelischen Regierung. Entsprechend sehen wir die deutsche Bundesregierung in
41 der Pflicht, all ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen **sofortigen**
und dauerhaften Waffenstillstand herbeizuführen. Waffenlieferungen aus Deutschland
nach Israel sind damit nicht vereinbar. Der Waffenstillstand muss
die Freilassung der Geiseln, ausreichend humanitäre Hilfe und den Rückzug der
Israelischen Armee aus Gaza beinhalten.

42 Dazu gehört es, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aller Beteiligten
43 klar zu benennen und zu verurteilen. Vertreter:innen der letzten
44 sowie der aktuellen Bundesregierung haben sich in der Vergangenheit entweder gar
45 nicht oder mit zu wenig Nachdruck zu den Menschenrechtsverletzungen
46 durch die israelische Armee geäußert. Es ist nachvollziehbar und richtig, dass in
47 Deutschland, aufgrund deutscher Vergangenheit, eine hohe Solidarität
48 mit und Unterstützung für Israel besteht. Diese Solidarität mit der israelischen
49 Bevölkerung sollen wir nicht aufgeben, sie ist aber nicht
gleichbedeutend damit, jegliche Handlungen einer teils rechtsextremen Regierung
zu tolerieren oder zu rechtfertigen. Die deutsche Geschichte lehrt uns
auch, für Menschenrechte einzustehen, weshalb es unsere Pflicht ist, auch
Handlungen der rechtsextremen Regierung in Israel zu kritisieren. Wir
erwarten, dass die deutsche Bundesregierung in Zukunft eine klarere Haltung zu
völkerrechtswidrigen Handlungen einnimmt, sowohl im öffentlichen
Diskurs in Deutschland, als auch gegenüber Vertreter:innen der israelischen
Regierung.

50 Neben klaren Worten braucht es zudem Taten. Wir fordern die deutsche
51 Bundesregierung zu einem Bekenntnis zur **Umsetzung der Entscheidungen**
internationaler Gerichte auf. Dies ist Voraussetzung für eine glaubhafte
Positionierung auf Seiten der Menschenrechte.

52 Außerdem ist es für uns essenziell, dass **Menschenrechtsverletzungen nicht durch**
53 **deutsche Waffen unterstützt und verschärft werden dürfen**. Seit Israel
54 Krieg in Gaza führt, ist die Lage immer weiter eskaliert und trotz
55 internationaler Apelle wurden immer wieder **Völkerrecht und Menschenrechte**
56 **missachtet**. Trotzdem liefert Deutschland nach wie vor Waffen an Israel. Trotz
57 einiger Anpassungen, etwa in Bezug auf die Lieferung von Kriegswaffen,
58 tragen deutsche Waffen weiterhin zu Menschenrechtsverletzungen in Gaza bei. Zudem
gibt es keine Transparenz darüber, welche Waffen aktuell geliefert
werden. Wir fordern deshalb einen sofortigen **Stopp aller Waffenlieferungen** an
Israel. Spätestens in den letzten 1,5 Monaten hat sich gezeigt, dass
immer mehr Waffen für Israel nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern zu einer
weiteren Eskalation. Es ist höchste Zeit, tatsächliche Lösungsansätze
für den Konflikt anstelle von Waffenlieferungen in den Fokus zu stellen.

59 **Hilfsblockaden aufbrechen**

60 Seit Oktober 2023 hat Deutschland über 300 Millionen € an humanitärer Hilfe für
61 die Menschen in Gaza bereitgestellt. Diese **finanzielle Unterstützung**
62 ist sehr wichtig und muss **dauerhaft und planbar** aufrechterhalten bleiben.
63 Finanzielle Mittel bereitzustellen ist zudem nicht ausreichend, wenn die
64 Hilfe nicht oder nur verzögert bei den Menschen ankommt. Durch Blockade und
65 langwierige Kontrollen durch Israel haben Menschen in Gaza keine
66 ausreichenden Zugang zu Hilfsgütern. Zudem trägt auch die Hamas dazu bei, dass
67 nicht alle Hilfsgüter bei der Zivilbevölkerung ankommen. Anfang des
68 Jahres hat die israelische Regierung zudem dem Palästinenserhilfswerk UNRWA
69 verboten, seine Arbeit auszuüben. Dadurch geht wichtige Infrastruktur
70 verloren und es entstehen extreme Versorgungslücken. Andere Organisationen können
den Wegfall des UNRWA nicht auffangen, die Hilfe über neue
Verteilzentren der "Gaza Humanitarian Foundation", die von Israel unterstütz
wird, ist unzuverlässig und setzt Zivilist:innen zusätzlichen Gefahren
aus. Deutschland muss die Humanitäre Hilfe in Gaza dementsprechend nicht nur
finanziell unterstützen, sondern auch **politischen Druck ausüben und**
logistisch unterstützen. Die Bundesregierung sollte sich deswegen aktiv für die
Öffnung weiterer Grenzübergänge einsetzen, sich an humanitären Luft-
und Seebrücken beteiligen und Hilfsorganisationen und UN-Organisationen, die
Hilfe in Gaza leisten, unterstützen. Das umfasst unter anderem
diplomatischen Schutz für deutsche Aktivist:innen, die in Gaza humanitäre Hilfe
leisten.

71 Sicherheit und Selbstbestimmtheit für alle

72 Eine Waffenruhe ist ein erster wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Es
73 braucht langfristige, gerechte Lösungen. Ein gerechter Frieden kann nur
74 durch eine umfassende Lösung erreicht werden, die auf dem Völkerrecht, der
75 **Anerkennung gleicher Rechte für alle Menschen in der Region** und dem Ende
der Besatzung basiert. Dazu gehört die diplomatische Anerkennung eines souveränen
palästinensischen Staates. Viele Staaten erkennen Palestina bereits
an. Es ist wichtig, dass auch Deutschland diesen Schritt geht.

76 Frieden setzt voraus, dass die Lebensrealitäten der palästinensischen Bevölkerung
77 endlich anerkannt und verbessert werden: Die Besatzung, die
78 fortschreitende Enteignung durch den Siedlungsbau im Westjordanland, die
79 Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die alltägliche militärische Kontrolle
80 sowie der Entzug grundlegender Rechte. Denn Unterdrückung und Brüche des
81 Völkerrechts sind keine neue Erscheinung nach dem 7. Oktober 2023, sondern
Ausdruck eines strukturellen Unrechts, das seit Jahrzehnten andauert. Diese
Verstöße zu benennen, ist ein Schritt hin zu einem gerechten Frieden.
Ebenso muss die Sicherheit der israelischen Bevölkerung gewährleistet sein –
jedoch nicht durch militärische Unterdrückung, sondern durch eine
politische Lösung, die Sicherheit auf Grundlage von Gerechtigkeit schafft.

82 Ein zentraler Bestandteil eines gerechten Friedens ist das Einbeziehen der
83 Zivilgesellschaften. Solidarität und gemeinsame Visionen für ein Leben in
84 Würde und Freiheit können politische Prozesse ergänzen und langfristig
stabilisieren. Friedliche Verhandlungen müssen unter internationaler
Vermittlung geführt werden und dürfen nicht von geopolitischen Interessen
bestimmt werden.

85 Der Staat Israel trägt als Besatzungsmacht eine Verantwortung für die derzeitige
86 Lage in den palästinensischen Gebieten. Ein gerechter und dauerhafter
87 Frieden ist nur möglich, wenn Israel seine Politik grundlegend ändert: Die
88 anhaltende Besatzung, die systematische Entrechtung und militärische Gewalt
89 gegen die palästinensische Bevölkerung befeuern Hass und Radikalisierung. Die
90 Hamas ist eine Terrororganisation, die mit ihren Angriffen auf die
91 israelische Zivilbevölkerung schwere Verbrechen begeht und keinen Beitrag zu
92 einer demokratischen oder friedlichen Lösung leisten kann. Gleichzeitig
93 entsteht in einem Klima der Unterdrückung kein Raum für demokratische,
zivilgesellschaftliche Kräfte in den palästinensischen Gebieten, die eine echte
Alternative zur Hamas darstellen könnten. Der Krieg in Gaza, der offiziell der
Zerschlagung der Hamas dienen soll, hat dieses Ziel bislang nicht
erreicht und stattdessen zehntausenden Zivilist:innen das Leben gekostet und die
Sicherheitslage für alle – Israelis wie Palästinenser:innen – massiv
verschlechtert. Ein Ende der Gewalt, der Besatzung und der Blockade ist die
Voraussetzung dafür, dass langfristig eine politische Lösung möglich wird
– jenseits von Terror, Unterdrückung und militärischer Eskalation.

94 Wer Frieden will, muss Besatzung und Entrechtung beenden, gleichberechtigte
95 Staatlichkeit ermöglichen und den unerschöpflichen Einsatz der
Zivilgesellschaft stärken. Nur so entsteht eine Zukunft, in der alle Menschen im
nahen Osten in Würde, Freiheit und Sicherheit leben können.

96 Aktivismus für den Frieden unterstützen

97 Aktivismus, der aus der Zivilgesellschaft vor Ort kommt, ist ein elementarer
98 Bestandteil für einen Friedensprozess in der Region und eine langfristige
99 Lösung des Konflikts. Es wäre falsch, die israelische und palästinensische
100 Bevölkerung mit ihren Regierungen gleichzusetzen und Stimmen aus der
101 Zivilgesellschaft zu ignorieren. Die Hamas handelt nicht nach den Bedürfnissen
102 der palästinensischen Bevölkerung und genießt wenig Vertrauen in
dieser. So protestierten etwa im März diesen Jahres Hunderte Palästinenser:innen
in Gaza gegen den Krieg und gegen die Hamas, trotz drohender Gewalt
und Repression. Auch in Israel gibt es zahlreiche Proteste aus der
Zivilgesellschaft gegen die rechte Regierung und deren völkerrechtswidriges
Handeln. Mehrere Tausend Israelis gehen dafür regelmäßig auf die Straße.

103 Verschiedenen israelische sowie palästinensische Aktivist:innen und Gruppierungen

104 setzten sich seit Jahren und Jahrzehnten für Frieden im Nahen Osten,
105 für die Wahrung der Menschenrechte, für Meinungspluralismus, für Rechte und
106 politische Teilhabe verschiedener Gruppen ein. Wir sprechen allen
107 Personen, die diese sehr wichtige Arbeit auch unter den aktuellen Bedingungen
108 leisten, unsere Solidarität aus und unterstützen Aktivismus für Frieden
im Nahen Osten nach unseren Möglichkeiten. Dazu gehört auch, dass Deutschland
derartige Organisationen durch Finanzierung unterstützt. Gerade in der
aktuellen Situation ist es fatal, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen
dadurch geschwächt werden, dass ihnen aus intransparenten Gründen
Fördermittel gestrichen werden.

109 **Antisemitismus & antimuslimischen Rassismus bekämpfen**

110 Der Nahost-Konflikt hat auch über die Region hinaus Folgen. Auch die
111 gesellschaftliche Stimmung in Deutschland wurde im letzten Jahr durch die
Ereignisse beeinflusst.

112 Die Anzahl antisemitischer Straftaten in Deutschland hat bereits in den letzten
113 Jahren deutlich zugenommen. Seit dem Anschlag vom 7. Oktober ist zudem
114 ein besonderer Anstieg zu verzeichnen. Außerdem steigt nicht nur die Quantität
115 der antisemitischen Straftaten, sondern auch die schwere der Angriffe,
116 etwa nehmen Körperverletzungen enorm zu. Auch im Rahmen pro-palästinensischer
Demonstrationen kommt es zu Vorfällen, bei denen antisemitische Parolen
verwendet werden oder die Verbrechen der Hamas relativiert und gefeiert werden.
Hinzu kommt der generelle Rechtsruck in Deutschland, der ebenfalls zu
einer Zunahme an Antisemitismus führt.

117 Auf der anderen Seite hat sich seit dem 7. Oktober 2023 die negative Stimmung
118 gegen migrantisierte Menschen aus arabischen Ländern in Deutschland
119 verstärkt. Der Nahost-Konflikt und pro-palästinensische Demonstrationen in
120 Deutschland werden von einigen Politiker:innen zum Anlass genommen, mehr
121 Abschiebungen und Restriktionen in der Asylpolitik zu fordern und
122 Meinungsäußerungen zu delegitimieren. Erst kürzlich sollten vier Menschen aus
123 Deutschland abgeschoben werden, weil sie in Berlin an propalästinensischen
Aktionen beteiligt waren. Es ist jedoch inakzeptabel, alle Teilnehmer:innen
von pro-palästinensischen Demonstrationen und Aktivist:innen in diesem
Themenbereich pauschal als antisemitisch zu verurteilen, und erst recht alle
muslimischen Menschen. Derartigen Narrativen müssen wir uns klar entgegenstellen.
Zudem braucht es eine höhere Aufmerksamkeit für sowie, kritische
Einordnung von polizeilichen Repressionen im Rahmen von Kundgebungen.

124 Als Grüne Jugend stellen wir uns klar gegen Antisemitismus und (anti-
125 muslimischen) Rassismus. Unser Anspruch in Deutschland muss es sein, gerade vor
126 dem Hintergrund deutscher Geschichte, dass sich alle Jüdinnen und Juden in
127 Deutschland sicher fühlen. Unser Anspruch muss es auch sein, dass alle

Menschen in Deutschland Gebrauch von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit machen können, ohne pauschale Verurteilungen und Repressionen fürchten zu müssen. Es ist nicht akzeptabel, wenn Antisemitismus mit Rassismus bekämpft wird.

128 Stattdessen müssen wir in Deutschland wieder zu einem offenen und ausgewogenen
129 Diskurs kommen, in dem klar zwischen der israelischen Regierung und der
jüdischen Bevölkerung unterschieden wird, sowie auch zwischen der Hamas und der
palästinensischen Bevölkerung.

130 **Deshalb fordern wir:**

- 131 • den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen von Deutschland an Israel
- 132 • einen dauerhaften Waffenstillstand
- 133 • die bedingungslose und sofortige Freilassung aller Geiseln
- 134 • den vollständigen Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen
- 135 • das Umsetzen der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs und des
Internationalen Strafgerichtshofs
- 136 • Ausreichend humanitäre Hilfe für die Menschen im Gaza-Streifen
- 137 • den aktiven Einsatz für einen langfristigen und nachhaltigen Friedenprozess
- 138 • die Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in
Deutschland

139 Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter der Gewalt leiden – unabhängig
140 von Nationalität, Religion oder Herkunft. Wir setzen uns für eine
Welt ein, in der Gerechtigkeit, Völkerrecht und Menschlichkeit im Zentrum
politischen Handelns stehen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Quellen:

- [1] <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-hamas-was-am-7-oktober-geschah-100.html>
- [2] <https://www.ochaopt.org/content/one-year-unimaginable-suffering-7-october-attack>
- [3] <https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-konflikt-israel-bricht-waffenruhe-nach-zwei-monaten-a-e69e84b8-581f-4e61-a72e-67f730aab356>
- [4] <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-ord-01-00-en.pdf>